



# Staatliche Strukturpolitik – Wie der Staat den Strukturwandel gestaltet

Die Strukturen unserer Wirtschaft und unsere Berufswelt unterliegen einem fortwährenden Wandel. Technischer Fortschritt und vor allem die Digitalisierung aller Lebensbereiche bringen tiefgreifende Veränderungen mit sich, die unsere Volkswirtschaft und auch die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen stellen. Intention staatlicher Strukturpolitik ist es, daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgeproblemen zu begegnen und sich abzeichnenden wirtschaftlichen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken, um größere wirtschaftliche und soziale Krisen zu vermeiden. Dazu stehen dem Staat eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung, wie z. B. Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, die finanzielle Förderung von technischen Innovationen, die Verbesserung des Ausbildungsstandes der Beschäftigten oder Kaufanreize durch Prämien für Konsumenten. Die Maßnahmen können sich auf eine ganze Volkswirtschaft, bestimmte Branchen oder Regionen bis hin zu einzelnen Unternehmen oder Stadtteile beziehen. Zunehmend geht es bei der Strukturpolitik auch um die Förderung wirtschaftsschwacher Regionen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft und die Verbesserung des Umweltschutzes.

Was kann der Staat also tun, um die Folgen des rasanten technischen und digitalen Wandels sozialverträglich und nachhaltig zu gestalten? Welche Instrumente stehen ihm hierfür zur Verfügung und wie wirkungsvoll sind diese?

## Überblick

<b>Themenbereich</b>	Wirtschaftspolitik → Instrumente staatlicher Strukturpolitik
<b>Vorwissen</b>	Strukturwandel
<b>Zeitbedarf</b>	2 Unterrichtsstunden
<b>Methoden</b>	Schaubild erstellen, Lernplakat, Positionslinie
<b>Kompetenzen</b>	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> <li>◆ können Instrumente und Maßnahmen staatlicher Strukturpolitik wiedergeben und am Beispiel der Industrieförderung anwenden.</li> <li>◆ schlagen strukturpolitische Maßnahmen für ausgewählte gesellschaftliche Problemstellungen vor.</li> <li>◆ beurteilen die strukturpolitischen Maßnahmen zur Förderung der E-Mobilität und konzipieren und präsentieren einen erweiterten Maßnahmenkatalog.</li> </ul>
<b>Schlagwörter</b>	Infrastrukturmaßnahmen, Steuererleichterungen, Strukturpolitik, Strukturwandel, Subventionen
<b>Autor</b>	Dr. Peter Kührt
<b>Produktion</b>	C. C. Buchner Verlag / Klett MINT (aktualisiert 2022)



## Instrumente staatlicher Strukturpolitik

Strukturpolitik ist der Oberbegriff für alle staatlichen Maßnahmen zur Steuerung der grundlegenden Strukturen einer Volkswirtschaft. Es geht dabei um die Vermeidung, Abmilderung und Überwindung von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen und Krisen, die durch den Strukturwandel in Produktion und Konsum hervorgerufen wurden. Weitere Ziele können aber auch die Angleichung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in unterschiedlichen Stadtteilen oder Regionen, der Schutz der Umwelt sowie die Verbesserung der Infrastruktur eines Landes sein.

### Maßnahmen und Instrumente der Strukturpolitik sind vor allem:

- ◆ Ausbau der Infrastruktur (z. B. bessere Verkehrsverbindungen, Ausbau des Mobilfunknetzes)
- ◆ Subventionen für Unternehmen (z. B. für die Erforschung leistungsstärkerer Batterien)
- ◆ Steuererleichterungen und Prämien für Konsumenten (z. B. für den Kauf von E-Autos)
- ◆ Geringere Auflagen und Vorschriften für Unternehmen (z. B. weniger Mindestkapital für Unternehmensgründungen)
- ◆ Bildungsmaßnahmen (z. B. bessere Berufsvorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen)
- ◆ Gesetzlicher Anspruch von Konsumenten gegenüber Unternehmen oder staatlichen Einrichtungen (z. B. technische Umrüstung alter Diesel-PKW für neueste Abgasnormen)
- ◆ Außenpolitische Abschottung / Erschweren von Importen (z. B. Strafzölle für chinesische Solarmodule zu Dumpingpreisen).

Insbesondere bei der Abfederung sozialer Folgeprobleme in wirtschaftsschwachen Regionen kommen dann noch zahlreiche **weitere Einzelprojekte** in Frage: Zentren für Existenzgründer, Qualifizierungsmaßnahmen für entlassene Arbeitnehmer, Umzugsprämien, Bürgerbüros mit Schuldnerberatung usw.

Immer wichtiger werden auch staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation. Diese bewegen sich allerdings in der Regel innerhalb des oben dargestellten Instrumentenkatalogs: Einrichtung von Fernstromtrassen, Subventionen für Windkraftanlagen, Kaufprämien für energiesparende Heizsysteme, Verbot von Kohleöfen mit zu hohem Schadstoffausstoß, Aufklärung über Wärmedämmung usw.

Dabei werden neben Auflagen und Verboten neuerdings auch **marktwirtschaftliche Instrumente** eingesetzt. Beispiele dafür sind die Strombörse in Deutschland oder der EU-weite CO<sub>2</sub>-Emissionshandel. Durch eine Verteuerung der Emissionsrechte sollen besonders umweltschädliche Industrieunternehmen veranlasst werden, ihre Emissionen zu senken, um dann die überflüssigen Emissionsrechte gewinnbringend verkaufen zu können.

### Literaturhinweise:

- Lempp, Jakob (Hrsg.), Gregor van der Beek, Thorsten Korn (2015): Aktuelle Herausforderungen in der Wirtschaftsförderung: Konzepte für eine positive regionale Entwicklung, Springer Gabler.
- Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen ab 2020, September 2017, [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/fortschrittsbericht-zur-regional-und-strukturpolitik.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/fortschrittsbericht-zur-regional-und-strukturpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=10).

## Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
<b>1. Unterrichtsstunde</b>				
10'	<b>Einstieg</b>	Die SuS setzen sich mit dem aktuellen Landärztemangel auseinander und nennen spontan erste strukturpolitische Maßnahmen, um dieser Fehlentwicklung zu begegnen.	<b>M1</b> Warten, bis (k)ein Arzt kommt	Präsentation durch die Lehrkraft (Beamer / Whiteboard) Partnerarbeit / Unterrichtsgespräch
20'	<b>Erarbeitung I</b>	Die SuS definieren den Begriff Strukturpolitik und erstellen ein Schaubild zu den Instrumenten staatlicher Strukturpolitik.	<b>Film:</b> <b>Strukturpolitik (Interaktiver Erklärfilm)</b>	<b>Methode:</b> <b>Ein Schaubild erstellen</b> Gruppenarbeit
15'	<b>Anwendung</b>	Die SuS wenden ihr Wissen auf eine Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat bzgl. der Modernisierung der Verwaltung an.	<b>M2</b> „Wir wollen unser Land moderner, bürgernäher und digitaler machen.“	Unterrichtsgespräch
<b>2. Unterrichtsstunde</b>				
30'	<b>Erarbeitung II / Anwendung II</b>	Die SuS beurteilen die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung und erarbeiten einen eigenen Maßnahmenkatalog zur beschleunigten Einführung von Elektroautos in Deutschland.	<b>M3</b> Förderung der Elektromobilität durch die Bundesregierung  <b>M4</b> Für mehr elektrische Mobilität – das Elektromobilitätsgesetz (EmoG)  <b>M5</b> Gehört Elektroautos die Zukunft?  <b>M6</b> Umfrage: Was spricht gegen die Anschaffung eines Elektroautos?	<b>Methode:</b> <b>Lernplakat</b> Gruppenarbeit
10'	<b>Präsentation</b>	Die SuS präsentieren ihre Ergebnisse und stellen ihre Empfehlungen in der Klasse zur Diskussion.		Plakat / Flipchart Unterrichtsgespräch
5'	<b>Vertiefung</b>	Die SuS positionieren sich zu den Erfolgsaussichten einer staatlichen Kaufprämie für Elektroautos.		<b>Methode:</b> <b>Positionslinie</b>

## M1

## Warten, bis (k)ein Arzt kommt



[...]

Andreas und Marion Tränkner leben gern auf dem Land. Auf ihrem Hof bei Lübben halten sie privat ein paar Schafe und Hühner sowie eine Menge Katzen. Mitten im Wald gelegen, 20 Minuten bis in die Stadt, idyllischer geht es kaum. „Aber man kann hier nicht einfach einkaufen gehen, der Tank muss immer voll sein und die Feuerwehr braucht mehr als eine halbe Stunde“, sagt Andreas Tränkner. Das Landleben hat seine Erschwernisse.

**6000 Menschen ohne Hausarzt – Tendenz steigend**

Neuerdings ist noch eines dazu gekommen: Im nahen Lübben gehen die Hausärzte aus. Nachdem gleich vier von ihnen ihre Praxen aufgegeben haben, sind 6000 Patienten auf einen Schlag aus der Versorgung gefallen. Als Andreas Tränkner vor Kurzem vor der Tür seines Hausarztstandes stand, hing dort ein Schild: Die Praxis ist geschlossen – für immer.

„Ich brauchte einen Überweisungsschein, aber woanders kommst du einfach nicht rein“, erklärt er. Dann hatte er Glück. Als Diabetiker ist er in einer Spezialpraxis untergekommen. Viele andere Menschen im Landkreis Dahme-Spreewald südöstlich von Berlin sind noch immer auf der Suche. Marion Tränkner gehört dazu. „Ich kann nur hoffen, dass ich fit bleibe“, sagt die 62-Jährige.

„Bislang geht's mir gut, ich habe keine großen medizinischen Probleme. Aber trotzdem brauche ich ja hin und wieder mal eine Überweisung zum Facharzt.“

Aus Lübbener Praxen ist unter der Hand zu hören, dass man „ja sogar Privatpatienten wegschickt“, weil die Praxen bereits völlig überlastet sind. Und die Versorgungslage könnte noch schlechter werden. Die Region ist drohend unterversorgt, warnt der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB), Peter Noack. Fast die Hälfte aller Hausärzte sei über 60 Jahre alt. „Man kann nicht ad hoc einen Verbesserungsvorschlag vorlegen“, so Noack. „Man kann nur mit den Kollegen vor Ort reden, dass sie die Rezeptierung von Dauermedikamenten mit übernehmen.“

**„Unterlassene Hilfeleistung“**

Gerade das ist hier ein ernstzunehmendes Problem. Zahlreiche Patienten bekommen keine Medikamente mehr, weil andere Ärzte die Rezepte nicht ausstellen wollen. Ein Kreistagsabgeordneter bezeichnete diese Praxis im Gesundheitsausschuss unlängst sogar als „unterlassene Hilfeleistung“.

Wie dringend der Bedarf ist, zeigt auch die Schilderung einer Mitarbeiterin der Notaufnahme im Luckauer Krankenhaus. Täglich würden dort Patienten ohne Hausarzt auftauchen, die keine andere Möglichkeit mehr sehen, sich behandeln zu lassen.

Dass der Fachärztemangel auf dem Land nichts Neues ist, ist allen Beteiligten klar. Dennoch scheinen Mittel, wie etwa eine Prämie bis zu 55.000 Euro vom Land und der KVBB bislang nicht zu bewirken, dass sich neue Ärzte zwischen Lübben und Luckau ansiedeln wollen. „Noch können sich Kollegen aussuchen, wo sie hingehen. Und die wenigsten haben Interesse, sich in der Fläche niederzulassen, es geht dann doch der Gang in berlinnahe Regionen“, so Noack.

[...]

Andre Kartschall, Daniel Friedrich, Warten, bis (k)ein Arzt kommt, tagesschau.de vom 12.02.2022

**Aufgabe**

- 1 a) Schildern Sie die dargestellte Problematik (M1) und nennen Sie mögliche Gründe dafür.
- b) Schlagen Sie zwei konkrete Maßnahmen vor, mit denen der Staat dieser Problematik begegnen könnte.



## Strukturpolitik

Der Film führt in die Möglichkeiten staatlicher Strukturpolitik zur Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung ein. Denn zentrale Aufgabe der Strukturpolitik ist es, technisch-organisatorische Innovationen zu begünstigen und die sozialen Folgen des ökonomischen Wandels abzufedern. Doch auf welche Weise kann dies gelingen? Und sind strukturpolitische Maßnahmen immer erfolgreich? Das Besondere an diesem Film ist, dass er um Gamification-Elemente (Interaktionen) ergänzt ist. Der Zuschauer wird während des Films an bestimmten Stellen dazu aufgefordert, eine Aufgabe zu lösen und ist damit aktiv beteiligt.

### M2

## „Wir wollen unser Land moderner, bürgernäher und digitaler machen.“



© Peter Jülich

Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Wir wollen unser Land moderner, bürgernäher und digitaler machen.“

Das Bundesinnenministerium ist mit den Zuständigkeiten für Cybersicherheit, Digitalisierung der Verwaltung und Datenpolitik ein Schlüsselressort für die Modernisierung des Staates. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat [...] in Berlin ihr Digitalprogramm vorgestellt und skizziert, mit welchen Projekten sie das Land bis 2025 voranbringen will.

### 10 Digitalcheck für alle Gesetze des Bundes

Ein zentrales Vorhaben im Programm ist die weitere Digitalisierung der Verwaltung. Nancy Faeser: „Wir wollen einen digitalen Staat, der konsequent aus der Perspektive der Bürgerin und des Bürgers gedacht ist. Wir wollen unser Land moderner, bürgernäher und digitaler machen. Das heißt konkret: Einheitliche Standards und schnellere, digitale Verfahren. Alle Leistungen sollen jederzeit und von jedem Ort aus digital nutzbar sein.“

Um hohe Qualitätsstandards zu sichern, soll das Onlinezugangsgesetz (OZG) weiterentwickelt und die Finanzierung über 2022 hinaus gesichert werden. Das OZG ist der rechtliche Rahmen, mit

dem Bund, Länder und Kommunen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland digitalisieren.

Um in Zukunft bereits im Vorfeld rechtliche Hürden für die Digitalisierung zu vermeiden, kündigt Faeser an, künftig alle Gesetze einem Digitalcheck zu unterziehen. Jedes Gesetz der Bundesregierung wird künftig auf seine digitale Ausführung geprüft. Bestehende Schriftformerfordernisse werden sukzessive abgebaut. Faeser: „Auch in der Gesetzgebung müssen wir viel digitaler denken. Mit einem Digital-Check werden wir künftig Gesetze darauf abklopfen, ob sie das Leben einfacher und digitaler machen.“

### Deutschlands Cybersicherheit stärken

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine will Nancy Faeser zudem Deutschlands Cyberfähigkeiten ausbauen: „Wir sehen angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, wie sehr die äußere und die innere Sicherheit miteinander zusammenhängen. Das gilt gerade für die Cybersicherheit. Die Zeitenwende, die wir erleben, erfordert deutliche Investitionen in unsere Cyber- und Informationssicherheit. Das hat besondere Priorität für uns. Wir modernisieren die nationale Cybersicherheitsarchitektur und bauen das Bundesamt für Informationssicherheit zur Zentralstelle aus. Die Cyberbefugnisse der Sicherheitsbehörden werden wir weiterentwickeln.“

### Vorreiter bei Open Data

Im Bereich der Datenpolitik möchte Faeser offene Daten aus der Verwaltung für alle zugänglich machen und damit Deutschland als Innovationsstandort stärken: „Mit dem Datengesetz schaffen wir einheitliche Standards und rechtliche Grundlagen, um Daten der Verwaltung für alle verfügbar und nutzbar zu machen. Ich möchte unser

**Open Data:** Prinzip auf dem Daten von der Regierung und Verwaltung zur freien Nutzung öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Personenbezogene und sicherheitsrelevante Daten sind davon ausgeschlossen.

**Open Source:**

Open Source bezeichnet Software, die einen öffentlichen Quelltext hat. Deshalb kann diese Software von Endbenutzern an eigene Bedürfnisse angepasst oder verbessert werden. Bekannte Software sind beispielsweise LibreOffice oder Open Office.

Land zum Vorreiter für das innovative und verantwortungsvolle Nutzen und Teilen von Daten in Europa machen.“

Ziel ist es außerdem, die digitale Souveränität des Staates zu festigen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen sollen nachteilige Abhängigkeiten von großen Technologieanbietern reduziert werden, unter anderem mithilfe von **Open-Source**.

**Beschäftigte mitnehmen**

Die Umsetzung des Digitalprogramms koordiniert Dr. Markus Richter, Bundesbeauftragter für Informationstechnik und Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Gemeinsam mit der

Bundesinnenministerin eröffnete er [...] eine neue Lernwelt für Beschäftigte der Bundesverwaltung in Berlin-Kreuzberg. Markus Richter: „In der digitalisierten Arbeitswelt kommt es immer stärker auf Soft Skills an: Lernfähigkeit, Kommunikationsstärke und Netzwerkkompetenz. An Orten wie diesen wollen wir alle Beschäftigten der Bundesverwaltung systematisch fortbilden und für neue Arbeitsweisen qualifizieren.“

Die Lernwelt ist Teil der neuen Digitalakademie der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. Das BMI und seine zentrale Fortbildungsstelle für Bundesbeschäftigte setzen mit der „Digitalen Kompetenzinitiative“ verstärkt auf Vermittlung von digitalen Fähigkeiten.

Pressemitteilung Bundesministerium des Innern und für Heimat, 28.04.2022, [www.bmi-bund.de](http://www.bmi-bund.de)

**Digitale Agenda**

Die digitale Agenda wurde 2014 bis 2017 beschlossen und stellt die Voraussetzung für den flächendeckenden digitalen Wandel in Deutschland dar. Dazu gehören beispielsweise Ziele wie schneller Internetanschluss in allen Teilen des Landes, Entwicklung von Technologien, um auch international wettbewerbsfähig zu bleiben, eine Modernisierung der Verwaltung des Staates sowie Cybersicherheit.

**Aufgabe****2**

- a) Erklären Sie mit eigenen Worten, was man unter staatlicher Strukturpolitik versteht (Film).
- b) Erstellen Sie ausgehend von dem Film ein Schaubild, das die Instrumente staatlicher Strukturpolitik übersichtlich darstellt.
- c) Erläutern Sie, welche strukturpolitischen Maßnahmen die Bundesregierung im Rahmen ihrer digitalen Agenda plant, um die Verwaltung zu modernisieren. Ordnen Sie diese Maßnahmen den Instrumenten staatlicher Strukturpolitik in Ihrem Schaubild zu (Film, M2).
- d) Beurteilen Sie die Vorschläge und entwickeln Sie zwei weitere Ideen zur Umsetzung der digitalen Agenda.

## M3

## Förderung der Elektromobilität durch die Bundesregierung



© dpa/Patrick Pleul

Für das Erreichen der Klimaziele sollen bis 2030 mindestens sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Zudem sollen im gleichen Zeitraum eine Million Ladepunkte zur Verfügung stehen.

Um das zu unterstützen, hat die Bundesregierung unterschiedliche Fördermaßnahmen beschlossen, unter anderem im Klimaschutzprogramm 2030. Hierzu gehören Kaufprämien, Steuervergünstigungen und umfassende Zuschüsse zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur. Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April und mit Blick auf das neue europäische Klimaziel 2030 hat die Bundesregierung am 12. Mai das geänderte Klimaschutzgesetz 2021 vorgelegt. Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Auf dem Weg dorthin sieht das Gesetz in den 2030er Jahren konkrete jährliche Minderungsziele vor. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen. Fünf Jahre früher, als ursprünglich vorgesehen. Um die ambitionierten Klimaschutzziele des Gesetzes zu erreichen, hat die Bundesregierung am 23. Juni ein 8-Milliarden-Sofortprogramm beschlossen, das unter anderem auch Lade-

möglichkeiten für E-Bikes und 200 Millionen Euro für Schnelllade-Hubs in Stadtquartieren vorsieht. [...]

Im November 2019 wurde der Masterplan Ladeinfrastruktur beschlossen. Dieser beinhaltet unter anderem die Einrichtung von 50.000 öffentlichen Ladepunkten bis Ende 2022 [bis 2030 sollen es eine Millionen Ladestationen sein, Anm. d. Redaktion]. Seit dem Sommer 2021 stellt das BMVI (jetzt „BMDV“, Anm. d. Redaktion) bis Ende 2025 insgesamt nochmals 500 Millionen Euro für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur zur Verfügung. Auch zur Förderung privater Lademöglichkeiten werden Mittel zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung obliegt dem Bundesverkehrsministerium [...].

2016 hat die Bundesregierung eine Kaufprämie für E-Autos, den Umweltbonus, beschlossen, an der sich der Bund und die Hersteller beteiligen. Bis zu 6.000 Euro für Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge und bis zu 4.500 Euro für aufladbare Hybridelektro-Autos werden gewährt. Voraussetzung für die Förderung ist, dass sich der um den Anteil des Herstellers reduzierte Kaufpreis aus dem Kaufvertrag ergibt. Die Beantragung erfolgt beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Mit dem Konjunkturpaket wird die Förderung noch einmal ausgebaut, sodass (zusammen mit der befristeten Mehrwertsteuersenkung [von Juli bis Dezember 2020, Anm. d. Red.]) Preisvorteile von 10.000 Euro zusammenkommen können.

Darüber hinaus gelten seit Anfang 2020 weitere steuerliche Anreize für Elektrofahrzeuge, etwa durch **Sonderabschreibungen** für E-Nutzfahrzeuge und Lastenräder, einer verminderten Bemessungsgrundlage für die Besteuerung elektrischer Dienstwagen oder die Steuerbefreiung des Aufladens privater Pkw beim Arbeitgeber. [...]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, 30.12.2021

**Sonderabschreibung:**

Die Abschreibung ist ein steuerpolitisches Instrument, mit dem Kosten für ein Wirtschaftsgut (z. B. ein Computer) nicht in einem Jahr, sondern über mehrere Jahre steuerlich geltend gemacht werden können. Die Sonderabschreibung ermöglicht höhere Steuereinsparungen bei Abschreibung eines Elektrofahrzeuges und soll somit den Kauf attraktiver machen.

## M4

## Für mehr elektrische Mobilität – das Elektromobilitätsgesetz

Die Bundesregierung will mit dem Gesetz Elektrofahrzeuge für Fahrerinnen und Fahrer attraktiver machen. Das Elektromobilitätsgesetz – kurz EmoG – ermöglicht für Elektrofahrzeuge

- ◆ besondere Parkplätze an Ladestationen im öffentlichen Raum zu reservieren,
- ◆ Parkgebühren zu reduzieren oder zu erlassen,
- ◆ das Fahren auf Busspuren und
- ◆ die Ausnahme von bestimmten Zufahrtsbeschränkungen, die etwa zum Schutz vor Lärm und Abgasen angeordnet werden.

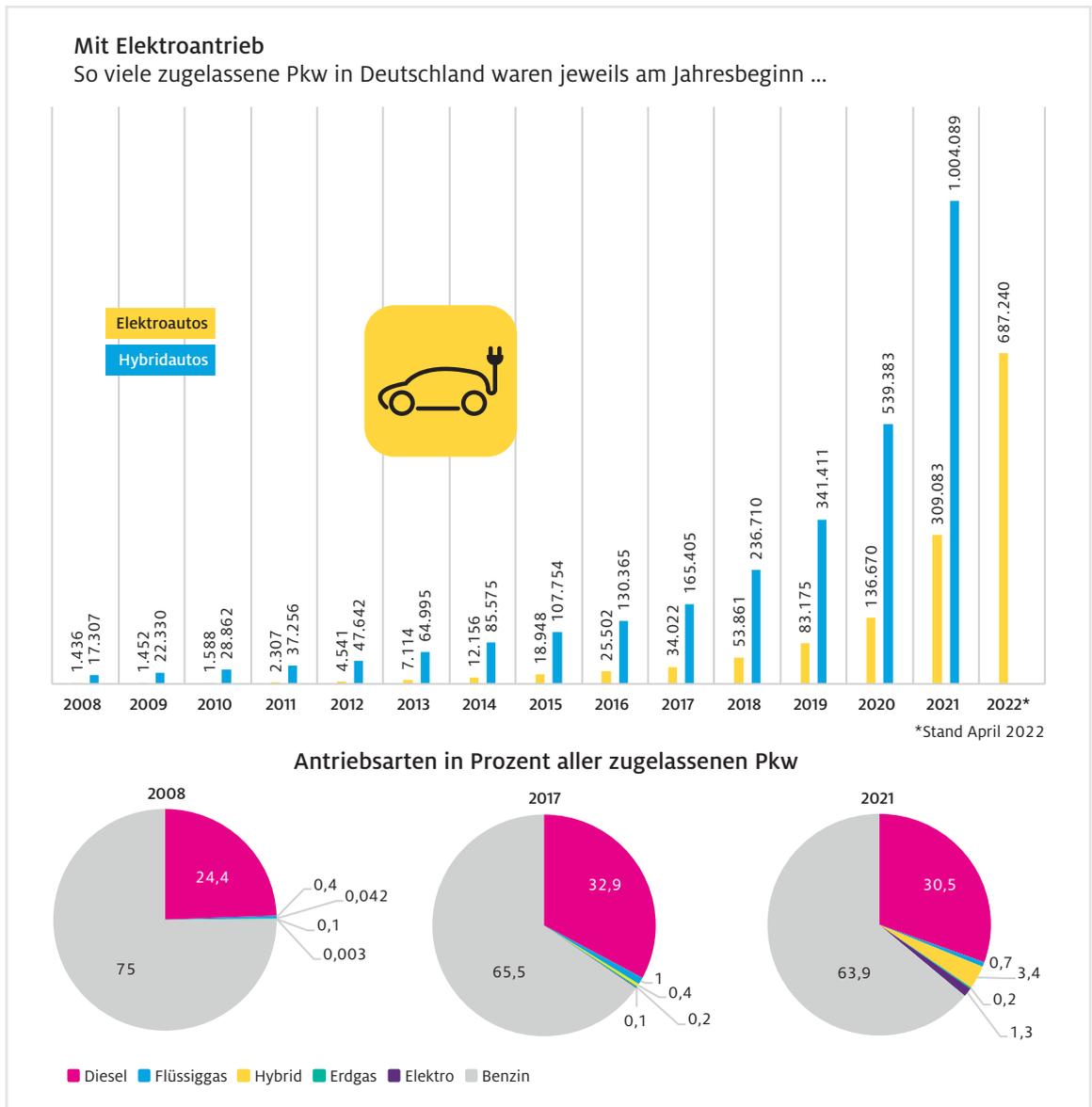
Um die Sonderregeln für elektrisch betriebene Fahrzeuge umsetzen und kontrollieren zu können, müssen diese Fahrzeuge besonders gekennzeichnet werden. Sie erhalten ein besonderes Kennzeichenschild mit dem Zusatzbuchstaben „E“. [...]

Das EmoG ist bis zum 30. Juni 2030 befristet. Bis dahin sollten sich elektrisch betriebene Fahrzeuge im Markt etabliert haben.

Bundesregierung

M5

Gehört Elektroautos die Zukunft?



Eigene Darstellung nach Statista und Kraftfahrt-Bundesamt (2022)

**Infrastruktur für Elektroautos – die Suche nach der Steckdose**

Eine Kaufprämie für Elektroautos löst das dringendste Problem der E-Mobilität nicht: Die geringe Reichweite und fehlende Ladestationen. Denn deutsche Autofahrer sehen die kürzeren Fahrzeiten und längeren Ladephasen nach wie vor als Nachteil an.

**Bewusstsein für Umwelt steigt, aber sind E-Autos so nachhaltig, wie postuliert?**

Umweltfreundliche E-Mobilität steht hoch im Kurs. Doch E-Autos haben keinen tadellosen Ruf mehr. Potentielle Käufer warten lieber, bis die Öko-Bilanz der Fahrzeuge besser geworden ist.

**Energieversorger und Autobauer planen eigene Ladesäulen für E-Autos**

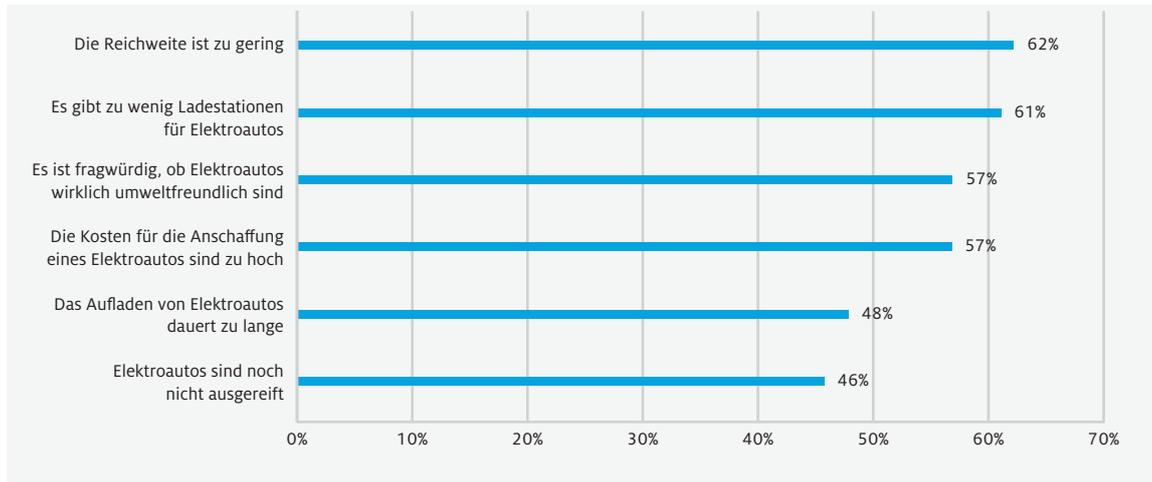
Energiekonzerne und Autohersteller haben bisher die hohen Investitionskosten beim Ausbau der Ladeinfrastruktur eher gescheut. Niedrige Gewinnaussichten und ein zu geringes Marktvolumen erklären das eher verhaltene Engagement in diesem Bereich. Doch nun

kommt der Markt langsam in Fahrt. Und damit steigt auch der Wettbewerb um die besten Ladestationen. EnBW hat beispielsweise bereits viele Hochgeschwindigkeits-Ladesäulen gebaut, die in 5 Minuten 100 Kilometer Strecke laden.

## M6

## Umfrage: Was spricht gegen die Anschaffung eines Elektroautos?

Frage: Einmal unabhängig davon, ob ein Elektroauto für Sie in Frage käme:  
Was spricht in Ihren Augen dagegen, sich zurzeit ein Elektroauto zu kaufen?



Basis: Niedersachsen, Bevölkerung ab 18 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6162, © IfD Allensbach

## Aufgaben

- 3** Bis 2030 sollen laut Ministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz mindestens 7 bis 10 Millionen Elektroautos in Deutschland zugelassen sein. Doch die flächendeckende Einführung von Elektroautos läuft immer noch langsamer als gewünscht. Das große Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Million batteriegetriebene und durch erneuerbare Energien gespeiste Autos auf Deutschlands Straßen zu bringen, konnte nicht erreicht werden. Ihr Planungsbüro soll die Bundesregierung beraten, wie die bisher schleppende Nutzung von Elektroautos in Deutschland durch geeignete strukturpolitische Maßnahmen beschleunigt werden könnte.
- Arbeiten Sie in Kleingruppen zusammen. Informieren Sie sich zunächst über den aktuellen Stand bei der Förderung von Elektromobilität (M3 – M6). Prüfen Sie, ob Sie die staatlichen Maßnahmen für geeignet und ausreichend halten, um die Verkaufszahlen von Elektroautos zu erhöhen.
  - Überlegen Sie sich dann, welche weiteren Maßnahmen erfolgversprechend wären. Denken Sie insbesondere an die Einstellungen der Autofahrer in Ihrem familiären Umfeld oder von Freunden.
  - Erstellen Sie abschließend einen eigenen Maßnahmenkatalog, den Sie bzw. Ihre Gruppe der Bundesregierung vorschlagen würden. Gehen Sie auch darauf ein, an wen die jeweilige Maßnahme gerichtet ist und wie genau sie wirken soll.
  - Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse im Plenum. Dies kann in digitaler Form, aber auch mithilfe von Flipcharts, Pinnwänden, Plakaten o. Ä. erfolgen.
- 4** Halten Sie die Kaufprämie für erfolgsversprechend, damit mehr Autokäufer auf ein Elektroauto umsteigen? Positionieren Sie sich zu dieser Frage entlang einer gedachten Linie im Raum.